Wir kommen somit zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Gesetzentwurfs Drucksache 16/7090** an den **Ausschuss für Schule und Weiterbildung** – federführend –, an den **Hauptausschuss** sowie an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales**. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht seine Zustimmung geben? – Wer enthält sich? – Damit ist die Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt

14 Gesetz zur Zustimmung zum Sechzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag und zur Änderung des Landesmediengesetzes Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/7091 – Neudruck
erste Lesung

Zur Einbringung des Gesetzentwurfs hat Herr Minister Schneider in Vertretung von Frau Ministerin Dr. Schwall-Düren angekündigt, dass er seine **Rede zu Protokoll** gibt. (Siehe Anlage 3)

Eine weitere Aussprache ist heute nicht vorgesehen.

Wir kommen deshalb zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Gesetzentwurfs Drucksache 16/7091 – Neudruck** – an den **Hauptausschuss** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Kultur und Medien**. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht seine Zustimmung geben? – Wer enthält sich? – Damit ist die Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt

15 Direkte Demokratie auf kommunaler Ebene verantwortungsvoll ausgestalten – Kostendeckungsgebot und freiwillige Vorprüfung der Zulässigkeit von Bürgerbegehren normieren

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/7157

Auch hierzu ist eine Aussprache heute nicht vorgesehen.

Wir kommen deshalb zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrags Drucksache 16/7157** an den **Ausschuss für Kommunalpolitik**. Aussprache und Abstimmung sollen nach Vorlage der Beschlussempfehlung er-

folgen. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht seine Zustimmung geben? – Wer enthält sich? – Damit ist die Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt

16 Zustimmung des Landtags gemäß § 64 Absatz 2 LHO zur Veräußerung von Liegenschaften des Sondervermögens Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW (BLB NRW) – unbebautes Grundstück in Duisburg

Antrag
des Finanzministeriums
gemäß § 64 Absatz 2 LHO
Vorlage 16/2312

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 16/7183

Auch hierzu ist eine Debatte heute nicht vorgesehen.

Wir kommen deshalb unmittelbar zur Abstimmung. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/7183, in die mit der Vorlage 16/2312 beantragte Veräußerung einzuwilligen. Wir stimmen somit ab über die in der Vorlage 16/2312 beantragte Zustimmung. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht seine Zustimmung geben? – Wer enthält sich? – Damit ist **die in der Vorlage 16/2312 beantragte Zustimmung zur Veräußerung erteilt**.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt

17 Über- und außerplanmäßige Ausgaben im 1. und 2. Quartal des Haushaltsjahres 2014

Antrag
des Finanzministeriums
gemäß Artikel 85 Absatz 2 LV
Vorlagen 16/2079 und 16/2265

Beschlussempfehlungen und Berichte
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksachen 16/6878, 16/7184 und 16/7185

Eine Debatte ist auch hier nicht vorgesehen.

Wir kommen direkt zur Abstimmung. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in den Drucksachen 16/6878, 16/7184 und 16/7185, die mit den Vorlagen 16/2079 und 16/2265 beantragten Genehmigungen zu erteilen. Wir stimmen somit ab über die

Anlage 3

Zu TOP 14 – „Gesetz zur Zustimmung zum Sechzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag und zur Änderung des Landesmediengesetzes Nordrhein-Westfalen“ – zu Protokoll gegebene Rede

Dr. Angelica Schwall-Düren, Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien:

Der Vorgang ist ein „Meilenstein“ in der Rundfunkgeschichte: Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland wird der Rundfunkbeitrag gesenkt

Früher war es üblich, dass die damalige Rundfunkgebühr alle vier Jahre mehr oder minder anstieg.

Wie Sie wissen, hat der Landtag im Dezember 2011 dann den Umstieg von der früheren Rundfunkgebühr zum heutigen Rundfunkbeitrag beschlossen, wie alle anderen Länder auch.

Dies hat dazu geführt, dass nun Personen und Unternehmen zur Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks herangezogen werden, die sich dem früher entzogen haben. Dadurch ist trotz des gleichbleibenden Betrags (17,98 €) der Ertrag für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk gestiegen. Dies ermöglicht es nun, den Rundfunkbeitrag um 48 Cent zu senken.

Es gab durchaus Stimmen, die eine stärkere Senkung um 73 Cent, also 25 Cent mehr, gefordert haben.

Dem haben diese und auch andere Landesregierungen nicht zugestimmt.

Zum einen soll noch ausreichend Spielraum für die bereits bei Unterzeichnung des 15. Rundfunkänderungsstaatsvertrags vereinbarte Evaluierung des neuen Rundfunkbeitragssystems bleiben.

So müssen insbesondere die finanziellen Auswirkungen auf die privaten Haushalte, die Privatwirtschaft und die öffentliche Hand wie auch die Notwendigkeit und Ausgewogenheit der Anknüpfungstatbestände erst noch überprüft werden. Auch die Beitragspflicht für Kraftfahrzeuge wird zu evaluieren sein.

Zum anderen muss Spielraum für eine Entscheidung zur Werbung und zum Sponsoring in den Programmen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks verbleiben. Damit kommt die Landesregierung dem Wunsch des Landtags nach einer schrittweisen Reduzierung der Werbung nach, den dieser im Dezember 2013 deutlich gemacht hat.

Ich kann hier ergänzend darauf hinweisen, dass NRW, das den Vorsitz in der Arbeitsgruppe „Werbung und Sponsoring“ der Länder innehat, zu dieser Thematik derzeit eine Anhörung vorbereitet, die noch im Dezember dieses Jahres durchgeführt werden soll.

Im Übrigen wird mit dem Staatsvertrag der Finanzausgleich innerhalb der ARD neu geregelt und auf eine dauerhafte Grundlage gestellt. Diese gilt ab 2017. Bis 2016 gilt noch die bisherige ARD-interne Übergangsregelung fort.

In einem zweiten Teil des Gesetzes werden Klarstellungen zum Landesmediengesetz vorgenommen.

Mit der letzten Gesetzesänderung im Juli dieses Jahres waren entsprechend den Anforderungen der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts Neuregelungen zur Zusammensetzung der Medienkommission der Landesanstalt für Medien NRW getroffen worden.

Auch wurde das Verfahren zur Vergabe von Übertragungskapazitäten neu geregelt. Für laufende Verfahren wurde hier eine Übergangsregelung geschaffen.